

Antrag 34/I/2026**UBV LDS, Jusos BRB****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Öffentlicher Raum für alle – Defensive Architektur verhindern, soziale Stadtentwicklung stärken!**

1 Die SPD Brandenburg setzt sich dafür ein, dass so-
2 genannte defensive oder feindliche Architektur im
3 öffentlichen Raum abgelehnt, künftig verhindert als
4 auch nachträglich zurückgebaut wird.
5 Statt auf bauliche Verdrängungsmaßnahmen zu
6 setzen, sollen Kommunen bei der Gestaltung öffent-
7 licher Räume mehr auf soziale, präventive und un-
8 terstützende Konzepte setzen. Dazu gehören ins-
9 besondere der Ausbau sozialer Angebote, die Stär-
10 kung der Straßensozialarbeit sowie eine Stadtpla-
11 nung, die Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit und
12 Sicherheit für alle Menschen gewährleistet.
13 Die SPD Brandenburg spricht sich dafür aus, Kom-
14 munen bei der Entwicklung sozialer Leitlinien für ei-
15 ne menschenwürdige Stadtgestaltung zu unterstüt-
16 zen und defensive Architektur in kommunalen Bau-
17 und Gestaltungsprojekten auszuschließen.

18

19 Begründung

20 Defensive Architektur – etwa Sitzbänke mit Trenn-
21 elementen, No-Sit-Spikes oder bewusst unbequeme
22 Aufenthaltsflächen – wird häufig eingesetzt, um be-
23 stimmte Gruppen aus dem öffentlichen Raum zu
24 verdrängen. Diese Maßnahmen lösen jedoch keine
25 sozialen Probleme, sondern verschärfen sie und ste-
26 hen im Widerspruch zur Unantastbarkeit der Men-
27 schenwürde.

28 Insbesondere für wohnungslose Menschen er-
29 schwert defensive Architektur den Zugang zu
30 Schutzräumen und behindert die Arbeit der Stra-
31 ßensozialarbeit. Gleichzeitig trifft sie auch andere
32 Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen, Men-
33 schen mit Behinderungen oder Familien.

34 Eine sozialdemokratische Stadtentwicklung setzt
35 auf Teilhabe statt Ausgrenzung. Öffentlicher Raum
36 muss Begegnung ermöglichen und darf nicht durch
37 bauliche Maßnahmen zum Instrument sozialer
38 Trennung werden. Die Ursachen von Wohnungslo-
39 sigkeit und sozialer Ausgrenzung müssen politisch
40 und sozial bekämpft werden – nicht durch Beton,
41 Spikes oder Abschreckung.

Überweisung an Lavo